

Arbeitslosigkeit als Folge der Inflexibilität der Arbeitsmärkte

- 1. Das Problem**
- 2. Der Gleichgewichtsmechanismus**
- 3. Das cobweb-System**
- 4. Besonderheiten des Arbeitsmarktes**
- 5. Unterschiede in den Datenänderungen**
- 6. Bestimmungsgründe des Arbeitsmarktungleichgewichtes**

1. Das Problem

Arbeitslosigkeit wird vor allem in neoklassischen und angebotstheoretischen Analysen als Folge einer Inflexibilität der Arbeitsmärkte angesehen. Arbeitslosigkeit stellt ein Ungleichgewicht des Arbeitsmarktes dar, wobei das Angebot an Arbeit größer ist als die Nachfrage. Entsprechend klassischer Vorstellungen zeichnet sich ein funktionierender Markt dadurch aus, dass vorübergehend entstandene Ungleichgewichte zwischen Angebot und Nachfrage von selbst – durch das Wirken von Marktkräften – abgebaut werden. Wenn also auf den Arbeitsmärkten für längere Zeit und in beachtlichem Umfang Arbeitslosigkeit besteht, dann ist dies ein Zeichen dafür, dass der Arbeitsmarkt nicht so funktioniert, wie er funktionieren sollte und auch im allgemeinen funktioniert. Der Markt reagiert dann nicht mehr schnell und ausreichend genug auf Änderungen des Marktes, er ist mit anderen Worten inflexibel.

Bevor wir uns mit dieser These auseinandersetzen wollen, sollen allerdings einige Missverständnisse über die traditionelle Gleichgewichtstheorie ausgeräumt werden. Richtig verstanden behauptet nämlich die Gleichgewichtstheorie nicht, dass auf funktionierenden Märkten in jedem Augenblick Gleichgewicht herrsche, noch nicht einmal, dass ein Gleichgewicht der am häufigsten vorkommende Zustand, also der Normalzustand sei. Ganz im Gegenteil haben wir davon auszugehen, dass Ungleichgewichte die Regel darstellen, es kann allenfalls damit gerechnet werden, dass auf sehr lange Sicht Angebot und Nachfrage übereinstimmen.

Der Grund für das Vorherrschen von Ungleichgewichten liegt vor allem darin, dass permanent Änderungen eintreten, an die sich der Markt anpassen muss. In einer Marktwirtschaft sind die einzelnen Individuen frei, über ihre Ressourcen zu verfügen, sie können die Struktur aber auch den Umfang ihrer Nachfrage oder ihres Angebotes jeder Zeit ändern, wenn sie zu dem Ergebnis kommen, dass diese Änderungen Nutzensteigerungen verursachen. Also wird man damit rechnen müssen, dass die Individuen auch von diesen Möglichkeiten reichlich Gebrauch machen.

Es ist auch nicht so, dass Ungleichgewichte stets unerwünscht sind. Ein gewisser Umfang an Ungleichgewichten kann in der Regel durchaus verkraftet werden. Fast jeder Haushalt verfügt über gewisse Ersparnisse oder hat die Möglichkeit, sich für eine gewisse Zeit zu verschulden, ohne dass durch solche Aktivitäten bereits die Existenz dieser Haushalte bedroht wäre.

Aus der Sicht der gesamten Volkswirtschaft gesehen kann man sogar davon sprechen, dass Ungleichgewichte die Voraussetzung und Ursache des Wohlstandes sind. Wenn wir einmal von dem Ressourcenbestand absehen, zählen zu den wichtigsten Datenänderungen der Wandel in der Bedarfsstruktur und in der Technik. In dem Recht, jeder Zeit seine Bedürfnisse zu ändern, liegt eines der grundlegendsten Freiheitsrechte einer Demokratie. Nur dadurch, dass das einzelne Individuum die Möglichkeit hat, seine Bedürfnisse selbst zu bestimmen, sein Einkommen anders als die anderen auszugeben und in einem langwierigen ‚trial and error Prozess‘ herauszufinden, welche Einkommensverwendung seinen Bedürfnissen am besten entspricht, kommt die Wohlfahrt der Bevölkerung zustande.

Änderungen der Technik ermöglichen ihrerseits eine permanente Verbesserung in der materiellen Wohlfahrt der Bevölkerung. Dem durch Änderungen in der angewandten Technik ausgelösten technischen Fortschritt ist es schließlich zu verdanken, dass sich die materielle Lage in den industrialisierten Gesellschaften nicht nur einiger Führungskräfte, sondern breiter Schichten der Arbeitnehmerschaft maßgeblich verbessert hat.

Alle diese Änderungen in Bedarf und Technik äußerten sich zunächst einmal in einer Änderung von Angebot oder Nachfrage und lösten damit Marktungleichgewichte größeren Umfanges aus. Es kann also nicht davon gesprochen werden, dass Gleichgewichtszustände den Normalfall darstellen, noch dass es erwünscht wäre, so viel Gleichge-

wicht wie möglich herbeizuführen. Unseren Wohlstand verdanken wir vielmehr zu einem beachtlichen Teil der Existenz von Ungleichgewichten.

Bezogen auf das Ungleichgewicht auf den Arbeitsmärkten mag eine gewisse Korrektur dieser allgemeinen Überlegungen angebracht sein. Nach weitverbreiteter Vorstellung hat jeder Mensch ein Recht auf Arbeit, wenn er arbeiten will. Wenn er also der Meinung ist, dass er durch Angebot an erwerbswirtschaftlicher Arbeit seinen Nutzen mehrer kann, dann sollte er auch die Möglichkeit haben, erwerbswirtschaftlich zu arbeiten. Auf jeden Fall entspricht es der Forderung nach dem Recht eines jeden Menschen, in Würde zu leben, eher, wenn jeder Mensch die Möglichkeit erhält, seinen Lebensunterhalt durch eigene Arbeit zu erwerben, als dadurch, dass der Staat jedem im Rahmen der Fürsorge notfalls Einkünfte im Umfang des materiellen Existenzminimums garantiert.

Aus der Sicht des einzelnen wäre es sicherlich erwünscht, zu keinen Zeiten arbeitslos zu werden. Auf der anderen Seite haben wir gesehen, dass die Verbesserungen in der materiellen Wohlfahrt nur aufgrund von Datenänderungen größeren Umfanges möglich waren und dass diese Datenänderungen vorübergehend Marktungleichgewichte – auch Arbeitslosigkeit – auslösen können. Es besteht also ein Konflikt zwischen dem Ziel der Wohlfahrtssteigerung und der Realisierung von Vollbeschäftigung zu allen Zeiten.

Besteht zwischen zwei Zielen ein Konflikt, so wird im allgemeinen ein Nutzenoptimum nur dann erzielt werden können, wenn ein Kompromiss zwischen beiden Zielen gefunden wird, wenn also z. B. eine gering dauernde Arbeitslosigkeit in Kauf genommen wird. Der Nutzenentgang, der hierdurch eintritt, kann dann überkompensiert werden durch den Nutzengewinn, der durch Wachstumssteigerungen erzielt wird.

Diese Überlegungen werden dadurch noch unterstützt, dass die einzelnen Arbeitnehmer in der Regel einer Arbeitslosenversicherung angehören, sodass sie bei vorübergehender Arbeitslosigkeit ein Arbeitslosengeld beziehen können, das zwar eine geringere Höhe aufweist als das reguläre Einkommen, das aber zusammen mit gewissen Ersparnissen dem einzelnen Arbeitnehmer ermöglicht, die Zeit der Arbeitslosigkeit zu überbrücken. Im Hinblick auf die Beschäftigung besteht also weniger das Ziel, jede Art von Arbeitslosigkeit zu überwinden, sondern eher zu vermeiden, dass es zu Langzeitarbeitslosigkeit kommt, wobei

unter Langzeitarbeitslosigkeit im allgemeinen eine Arbeitslosigkeit verstanden wird, die länger andauert als ein Jahr.

Wir haben bisher dargelegt, welche Aussagen der Gleichgewichtstheorie nicht entsprechen. Worin bestehen jedoch dann die Kernaussagen der Gleichgewichtstheorie? Es sind im Grunde genommen zwei Aussagen: Erstens: Ein Markt verfügt im allgemeinen über Kräfte, aufgrund derer Marktungleichgewichte von selbst abgebaut werden. Es bedarf also im Normalfall keiner politischen Eingriffe, um Ungleichgewichte abzubauen. Allerdings müssen gewisse Voraussetzungen erfüllt sein, damit der Markt diese Funktionen erfüllen kann. Zweitens: Kein Individuum und kein Haushalt kann unbegrenzt – in beliebiger Höhe und auf unbegrenzte Zeit – Ungleichgewichte erdulden. Ein Haushalt oder eine Unternehmung hat vielmehr eine begrenzte Kapazität an Ersparnissen und an Kreditmöglichkeiten, aufgrund derer nur für eine gewisse Zeit und für eine bestimmte Höhe der Ausfall an normalen Einkünften verkraftet werden kann.

Dies bedeutet, dass sich Ungleichgewichte nicht kumulieren dürfen, dass ansonsten jeder Haushalt oder jede Unternehmung eines Tages zusammenbrechen muss. Mit anderen Worten: Die traditionelle Gleichgewichtstheorie besagt, dass Ungleichgewichte im Normalfall abgebaut werden, sodass es zu keiner unbegrenzten Kumulation von Ungleichgewichten kommt und weiterhin, dass ein marktwirtschaftliches System auch nur dann Überleben kann, wenn es zu keiner Zeit zu einer solchen Kumulation von Ungleichgewichten kommt, die eine gewisse Grenze überschreitet.

2. Der Gleichgewichtsmechanismus

Wenden wir uns nun dem Gleichgewichtsmechanismus zu. In einem ersten Schritt soll der allgemeine Gleichgewichtsmechanismus dargestellt werden und erst in einem zweiten Schritt sollen die Besonderheiten des Arbeitsmarktes besprochen werden. Wir wollen davon ausgehen, dass ein Marktungleichgewicht entstanden ist, wobei erst in einem dritten Schritt die Frage erörtert werden soll, inwieweit die Art der Datenänderungen mit darüber entscheidet, wie erfolgreich der Gleichgewichtsmechanismus letztlich ausfällt.

Die Gleichgewichtstendenz des Marktes erfolgt in zwei Schritten. Erster Schritt: Nachdem ein Ungleichgewicht entstanden ist, erfolgt als Reaktion hierauf eine Änderung des Preises. Zweiter Schritt: Diese Preisvariation löst selbst wiederum Änderungen in der Nachfrage und

im Angebot aus, die im normalen Fall eine Reduzierung des Ungleichgewichtes bewirken. Da die Gleichgewichtstendenz solange anhält, als das Ungleichgewicht noch nicht endgültig abgebaut ist, wirkt der Gleichgewichtsmechanismus der Tendenz nach bis zur vollständigen Beseitigung des Ungleichgewichtes. Dies bedeutet nicht unbedingt, dass das Ungleichgewicht auf null absinkt. Wir müssen nämlich damit rechnen, dass aufgrund erneuter Datenänderungen das Ungleichgewicht wieder ansteigt und dass auf diese Weise unter Umständen niemals ein Gleichgewicht erreicht wird, obwohl eine permanente Tendenz zum Abbau des Ungleichgewichtes unterstellt wird.

Besteht das Ungleichgewicht in einem Angebotsüberhang, so sinkt der Preis, liegt hingegen ein Nachfrageüberhang vor, so steigt der Preis. Eine Preissenkung geht im allgemeinen von der Angebotsseite aus. Da die Nachfrage zu gering ist, um das gesamte Angebot aufzukaufen, laufen die Anbieter Gefahr, leer auszugehen; um ihre Ware trotzdem verkaufen zu können, sind sie zu Preisnachlässen bereit.

Eine Preissteigerung geht hingegen von der Nachfrageseite aus. Da zu wenig Güter angeboten werden, um die gesamte Nachfrage zu befriedigen, laufen nun die potentiellen Käufer Gefahr, leer auszugehen. Um trotzdem zum Zuge zu kommen, überbieten sie sich gegenseitig: Der Preis steigt.

Preissenkungen führen im Normalfall zu einer Mehrnachfrage und gleichzeitig zu einem verminderten Angebot. Da der Preis gesunken ist, lohnt es sich – entsprechend dem Verlauf der Nachfragekurve – mehr Güter nachzufragen. Wir erinnern uns: Der abnehmende Verlauf der Nachfragekurve ergibt sich aus der Abnahme des Grenznutzens bei vermehrtem Konsum. Je mehr Einheiten eines Gutes konsumiert werden, um so geringer ist der Nutzenzuwachs der zuletzt konsumierten Gütereinheit. Also wird man bei einem bestimmten Preis genauso viel Gütereinheiten nachfragen, bis schließlich der Nutzenzuwachs der letzten konsumierten Gütereinheit gerade dem Preis entspricht. Sinkt nun der Preis, so lohnt es sich, mehr Einheiten nachzufragen, da für den geringer werdenden Grenznutzen nun auch ein geringerer Preis gezahlt werden muss.

Für das Güterangebot gelten ähnliche Schlussfolgerungen, nur mit umgekehrten Vorzeichen. Entsprechend dem ansteigenden Verlauf der Angebotskurve werden bei einer Preissenkung weniger Güter als bisher angeboten. Der Verlauf der Angebotskurve wird hierbei von den Grenzkosten der Produktion bestimmt. Ein in vollständiger Konkurrenz stehender Unternehmer maximiert seinen Gewinn und bietet des-

halb die Gütermenge an, bei welcher der Preis gerade den Grenzkosten entspricht. Sinkt der Preis, so sind die Grenzkosten für die letzte produzierte Gütereinheit höher als der Preis, also kann der Unternehmer seinen Gewinn dadurch vergrößern, dass er das Angebot soweit verringert, dass die Grenzkosten dem neuen niedrigeren Preis entsprechen. Sinkt also bei einem Angebotsüberhang auf der einen Seite das Güterangebot und erhöht sich gleichzeitig die Güternachfrage, so vermindert sich von zwei Seiten aus das Ungleichgewicht.

Wie schnell ein Ungleichgewicht auf diese Weise abgebaut wird, hängt nun entscheidend davon ab, wie viel Zeit verstreicht, bis die genannten Wirkungen eintreten und wie stark die Reaktionen auf ein Ungleichgewicht tatsächlich sind. Machen wir uns diese Zusammenhänge im einzelnen klar. Wenn eine sehr lange Zeit verstreicht, bis die Entstehung eines Ungleichgewichtes bzw. die Erhöhung eines schon bestehenden Ungleichgewichtes sich in Preisänderungen niederschlägt, bedarf es in der Regel auch länger, bis ein bestimmtes Ungleichgewicht abgebaut ist. Je kürzer die Zeitverzögerung – der sogenannte time lag – ist, um so schneller wird im allgemeinen ein bestehendes Ungleichgewicht abgebaut.

Ähnliche Überlegungen gelten auch für die Zeitverzögerung, die zwischen Preisvariation und Anpassung des Angebotes und der Nachfrage besteht. Auch hier gilt, je kürzer der time lag ist, um so schneller wird das gegebene Ungleichgewicht abgebaut.

Nicht viel anders verhält es sich mit der Intensität der Reaktionen. Maßstab für die Preisvariation in Reaktion auf ein Ungleichgewicht ist die sogenannte Preisflexibilität. Sie gibt an, um wie viel der Preis prozentual variiert, wenn das Ungleichgewicht um ein Prozent ansteigt. Auch hier wird man zunächst vermuten können, dass ein Ungleichgewicht um so schneller abgebaut wird, je größer die Preisflexibilität ist. Ähnliches gilt für den Umfang der Angebots- und Nachfragereaktion auf Preisänderungen. Hier sprechen wir von der Preiselastizität von Angebot und Nachfrage. Die Preiselastizität der Nachfrage gibt hierbei an, um wie viel die Nachfrage prozentual steigt, wenn der Preis um ein Prozent sinkt. In gleicher Weise gibt die Preiselastizität des Angebotes an, um wie viel das Angebot sinkt, wenn der Preis um ein Prozent sinkt.

3. Das cobweb-System

Ganz so einfach liegen jedoch die Dinge hier nicht. Es gibt hier auch die Möglichkeit eines Zu viel des Guten. Die dynamische Preistheorie

hat sich im Rahmen des sogenannten Cobwebsystems mit dieser Frage befasst und aufgezeigt, dass sich – je nach Annahme über Umfang der Elastizitäten von Angebot und Nachfrage und über die Verzögerung – ein System aufschaukeln kann und dass deshalb trotz normaler Reaktion letztendlich das Ungleichgewicht sogar unter Umständen vergrößert wird. Drei Fälle wurden unterschieden: der Fall gedämpfter Schwingungen um den Gleichgewichtspreis, der Fall explosiver Schwingungen sowie das sogenannte ‚Perpetuum mobile‘.

Es wird unterstellt, dass sich die Nachfragekurve nach oben verschiebt, dass aber das Angebot erst in der nächsten Periode entsprechend dem Verlauf der Angebotskurve reagiert. Die dadurch entstehende Knappheit in der ersten Periode führt zu einem starken Anstieg im Preis. Der neue Preis liegt bei dem Punkt, in dem sich die Parallele zur Ordinate (der kurzfristigen Angebotskurve) mit der neuen Nachfragekurve schneidet. Er ist bedeutend höher als der neue Gleichgewichtspreis.

In der nächsten Periode wird das Angebot bis zum Schnittpunkt der langfristigen Angebotskurve und der Preisgeraden ausgeweitet. Das Angebot übersteigt wegen des überhöhten Preises die Gleichgewichtsmenge. Um diese Güter absetzen zu können, sinkt nun der Preis bis zum Schnittpunkt der kurzfristig konstanten Angebotskurve (Parallele zur Ordinate) und der Nachfragekurve. Der Preis sinkt unter den Gleichgewichtspreis. Also werden die Unternehmer für die nächste Periode entsprechend dem gesunkenen Preis ihr Angebot reduzieren bis zu dem Punkt, in dem die langfristige Angebotskurve die Preisgerade schneidet. Nun ist die Angebotsmenge wiederum geringer als die Gleichgewichtsmenge; der Preis wird also wieder ansteigen.

Es ergeben sich auf diese Weise periodische Schwingungen um den neuen Gleichgewichtspreis. Ob die Schwingungen gedämpft oder explosiv verlaufen, hängt nun vom Verhältnis der Steigungen von Angebot und Nachfrage ab. Verläuft die Steigung der Nachfrage flacher als die des Angebotes, so ergibt sich eine gedämpfte Schwingung. Der tatsächliche Preis nähert sich dem neuen Gleichgewichtspreis an, allerdings aufgrund der Schwingungen langsamer als bei einer gleichgroßen, aber kontinuierlichen Preisänderung (siehe Diagramm 1).

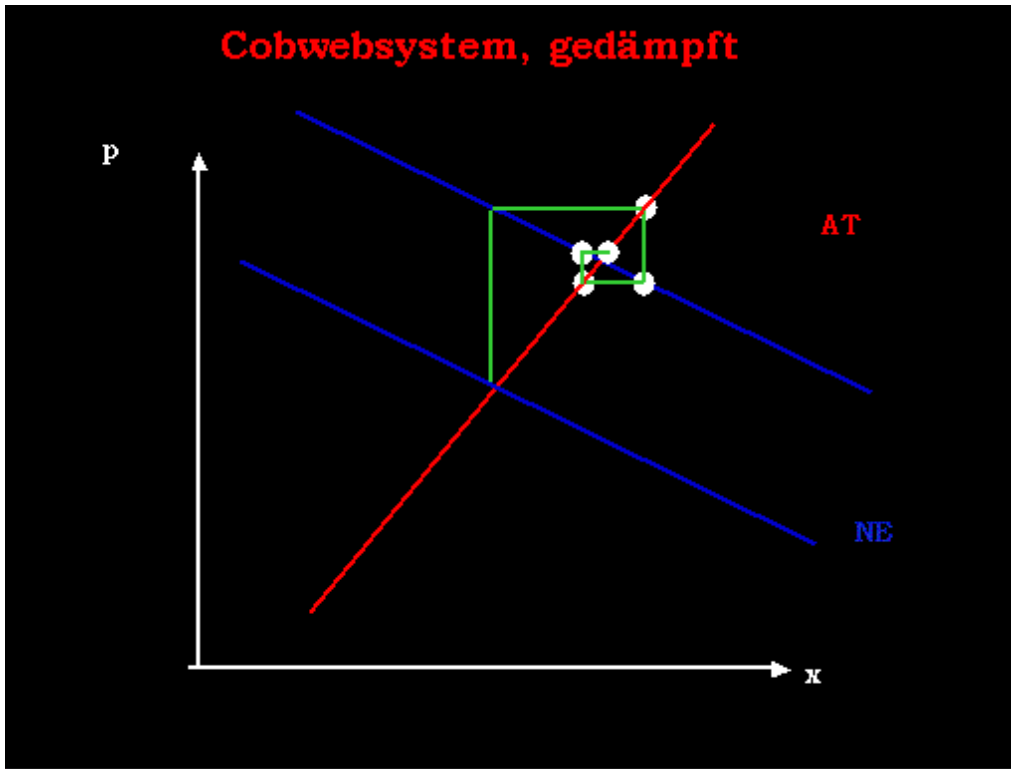


Diagramm 1

Würde hingegen die Nachfragekurve steiler verlaufen als die Angebotskurve, müssten wir mit einer explosiven Schwingung des Preises rechnen, der Preis würde sich immer mehr vom neuen Gleichgewichtspreis entfernen (siehe Diagramm 2).

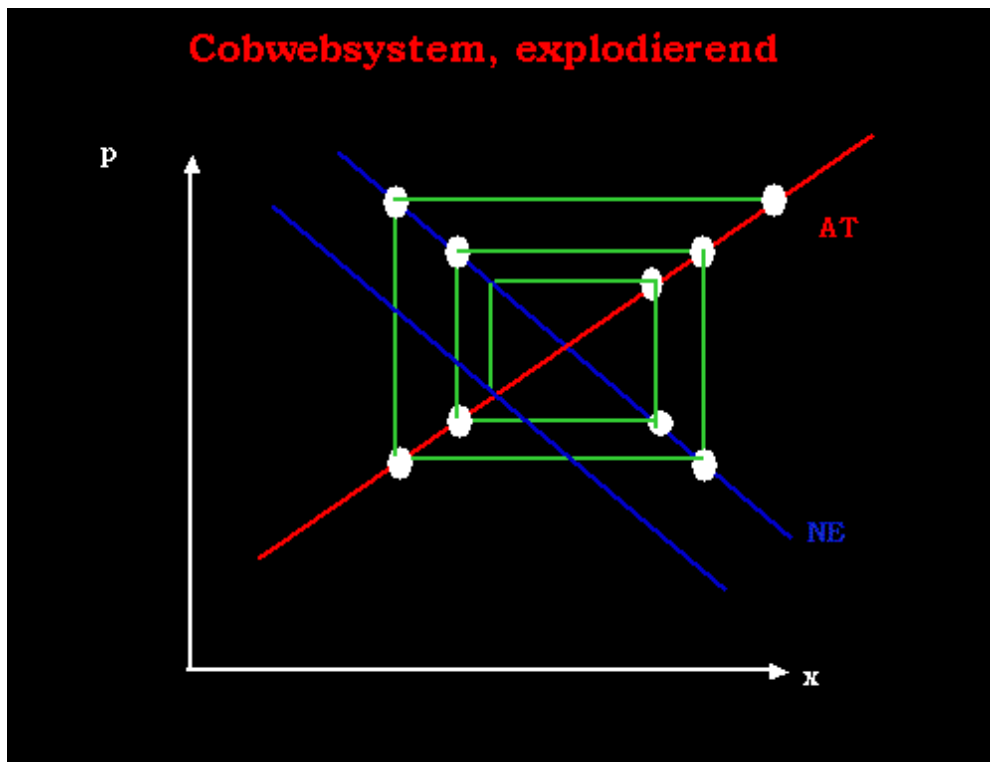


Diagramm 2

Wenn sich schließlich die Steigungen der Angebots- und Nachfragekurve entsprechen, erhielten wir den Fall eines Perpetuum mobile: Die Amplitude der Schwingungen um den neuen Gleichgewichtspreis bliebe konstant. Der neue Gleichgewichtspreis würde nie erreicht (siehe Diagramm 3).

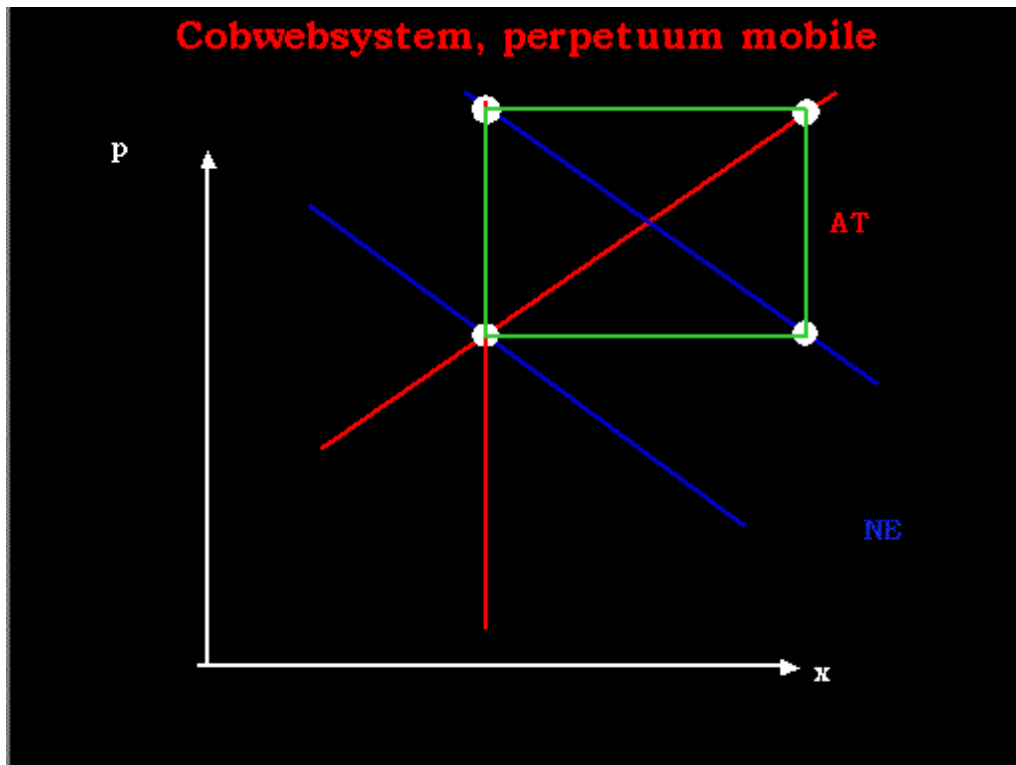


Diagramm 3

Es hat also folgenden Anschein: Es kann keinesfalls immer – auch dann nicht, wenn Angebot und Nachfrage normal auf Preisänderungen reagieren – damit gerechnet werden, dass der Markt von sich aus den neuen Gleichgewichtspreis ansteuert. Es entsteht deshalb die Frage, wie häufig denn mit explosiven Preisschwingungen bzw. mit einem Perpetuum mobile gerechnet werden muss?

Man kann nun zeigen, dass das cobweb-System von sehr unrealistischen Annahmen ausgeht. Obwohl die Anbieter immer wieder Enttäuschungen erleben und feststellen müssen, dass sie ihr Angebot zu weit verändert haben, reagieren sie immer wieder auf die gleiche Weise. Sie gehen gegen besseres Wissen davon aus, dass die aktuelle Preisänderung auf lange Sicht anhält. Ein rational handelnder Unternehmer würde feststellen, dass die anfänglichen Preissteigerungen zu hoch ausfallen und entsprechend den Erwartungen über die langfristige Preisentwicklung das Angebot in geringerem Umfang ausweiten. Damit fielen jedoch die Preisschwingungen sehr viel geringer aus.

Darüber hinaus wird ein rational handelnder Unternehmer bemüht sein, mögliche Nachfrageänderungen im voraus zu berücksichtigen, in dem er Waren auf Lager hält, sodass er eine zusätzliche Nachfrage sofort aus dem Lager bedienen kann. Bei einem Nachfragerückgang werden dann die nicht abgesetzten Waren auf Lager genommen. In beiden Fällen fallen die Preisänderungen längst nicht mehr so stark aus, wie wenn alle produzierten Waren abgesetzt werden müssten.

Natürlich können nicht alle Produkte auf Lager gehalten werden. Dies gilt einmal für Güter, die – wie viele Lebensmittel – sehr schnell verderben, zum andern für hochspezialisierte Anlagen, die in jedem Einzelfall gesondert angefertigt werden müssen. Aber auch hier hat der technische Fortschritt dazu beigetragen, dass sich die Unternehmer auf Nachfrageänderungen vorbereiten können; so können z. B. schnell verderbende Güter konserviert werden; bei Sonderanfertigungen können die Einzelteile auf Lager produziert werden, so dass bei Nachfrage die Fertigprodukte schnell zusammengesetzt werden können.

Auch für die Nachfragenden kann bei rationalem Verhalten unterstellt werden, dass beim Kauf auch die Erwartungen über die zukünftige Preisentwicklung mitberücksichtigt werden. Stellt ein Haushalt fest, dass vorübergehende Knappheitserscheinungen nur kurzfristig zu starken Preissteigerungen führen, wird er seine Nachfrage in die Zukunft verschieben, aber gerade durch dieses Verhalten mit dazu beitragen, dass die Preisschwankungen geringer ausfallen. Auch aus diesen Gründen dürften in der Realität die Preisschwankungen wesentlich geringer ausfallen.

4. Besonderheiten des Arbeitsmarktes

Wieweit können wir nun diese allgemeinen Überlegungen auch auf die Arbeitsmärkte übertragen? Fragen wir uns deshalb, welche Sonderbedingungen für Arbeitsmärkte gelten und inwieweit deshalb unsere Schlussfolgerungen modifiziert werden müssen. Zunächst ist zu überprüfen, ob wir auf den Arbeitsmärkten überhaupt mit einer normalen Reaktion des Arbeitsangebotes rechnen können. Auf Gütermärkten ist ‚die normale Reaktion‘ in der Regel gegeben, auch wenn es in Einzelfällen zu Ausnahmen kommt. Betrachten wir hierzu Diagramm 4.

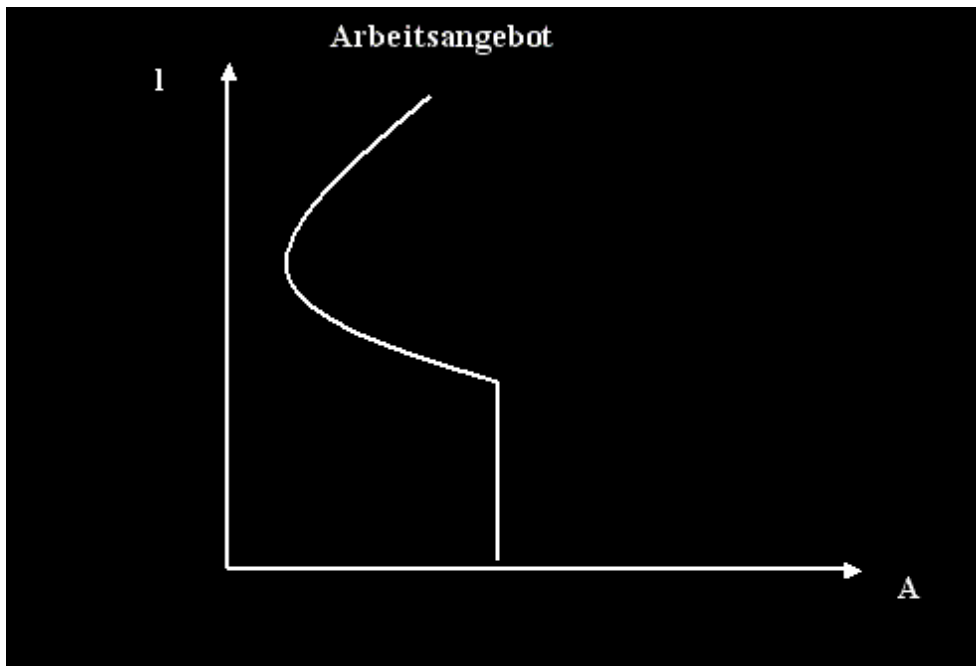


Diagramm 4

Das Diagramm zeigt die historische Entwicklung des Arbeitsangebotes an. Solange der Lohnsatz so niedrig war, dass ein Arbeitnehmer kaum ein Einkommen in Höhe des Existenzminimums erreichen konnte, blieb sein Angebot an Arbeitsstunden solange konstant, als das Existenzminimum noch nicht erreicht werden konnte. Stieg der Lohnsatz über das Existenzminimum an, so lohnte es sich für die Arbeitnehmer, einen Teil der Wohlfahrtssteigerung in Form von Freizeit nachzufragen, er bot deshalb weniger Arbeitsstunden an. Von einem bestimmten Lohnsatz an war es jedoch wiederum zweckmäßig, bei steigenden Löhnen mehr Arbeit anzubieten. Der Grenznutzen der Arbeit stieg über den Grenznutzen der Freizeit. Von dieser Lohnhöhe ab verlief die Arbeitsangebotskurve normal: Steigenden Lohnsätzen entsprach auch ein Anstieg im Arbeitsangebot. Somit können wir davon ausgehen, dass in den weiterentwickelten Industriegesellschaften die Arbeitsangebotskurve normal verläuft.

Es ist weiterhin zu überprüfen, ob auf den Arbeitsmärkten die Preisflexibilität gegeben ist. Dagegen spricht, dass die Lohnsätze in den Tarifverhandlungen vereinbart werden und die Tarifverhandlungen nur periodisch, etwa alle Jahre einmal stattfinden. In der Zwischenzeit sind die Tariflöhne konstant, können also auch nicht unmittelbar auf Ungleichgewichte reagieren. Dies bedeutet jedoch, dass das Ungleichgewicht – und damit auch die Arbeitslosigkeit – langsamer abgebaut wird.

Diese Inflexibilität in den Tariflöhnen könnte nun allerdings zum Teil dadurch wettgemacht werden, dass die Unternehmungen in der Regel neben dem Tariflohn auch übertarifliche Lohnzuschläge gewähren. Es besteht nun folgende Möglichkeit. Kommt es zu Arbeitsknappheit, so gewähren die Unternehmer übertarifliche Lohnzuschläge bzw. erhöhen bereits bestehende Zuschläge. Der Effektivlohn (also die Summe aus Tariflohn und übertariflichen Lohnzuschlägen) passt sich der Arbeitsmarktlage an. Sinkt die Arbeitsnachfrage, so können zwar die Unternehmer den Tariflohn nicht der Arbeitsmarktlage anpassen. Sie könnten jedoch die übertariflichen Zuschläge vermindern.

Dieser Anpassungsprozess endet jedoch dort, wo die übertariflichen Zuschläge auf null gesunken sind. Auch hat die deutsche Rechtsprechung einen Abbau der übertariflichen Lohnzuschläge für den Fall verhindert, dass die Lohnzuschläge bereits gewohnheitsmäßig gewährt werden. Allerdings haben Unternehmungen diese Regelung dadurch wiederum unterbunden, dass bei der Auszahlung der übertariflichen Lohnzuschläge eigens festgestellt wird, es handle sich um einmalige, jederzeit kündbare Zahlungen.

Eine automatische Anpassung an die Arbeitsmarktlage kann auch dann erreicht werden, wenn die Unternehmungen neben dem Barlohn eine Gewinnbeteiligung gewähren. Die Einkünfte, welche die Unternehmungen an ihre Arbeitnehmer auszahlen, sinken dann automatisch in dem Maße, in dem sich die Absatzlage einer Unternehmung verschlechtert. Die Unternehmung gewinnt hierdurch automatisch Spielraum für eine Anpassung an die Marktlage, die effektive Entlohnung (Tariflohn + Gewinnbeteiligung) sinkt, wenn Arbeitsangebotsüberhänge entstehen. Die Entlohnungsflexibilität ist gestiegen.

Nicht nur die Preisflexibilität ist auf den Arbeitsmärkten geringer als auf anderen Märkten; auch die Nachfrageelastizität fällt im allgemeinen geringer aus. Auch dann, wenn eine Verschlechterung in der Absatzlage die Unternehmungen zwingt, weniger zu produzieren und wenn der Bedarf an Arbeitskräften aufgrund dieses Produktionsrückganges ebenfalls zurückgeht, verhindert oftmals der Kündigungsschutz eine sofortige Entlassung von Arbeitnehmern. Dieser Kündigungsschutz wird in Deutschland teilweise aufgrund von Gesetzen, aber auch aufgrund tarifvertraglicher Bindungen gewährt. Bisweilen erfolgt der Schutz auch aufgrund richterlicher Entscheidungen.

Dieser Schutz erfolgt zunächst zugunsten der von einer Entlassung betroffenen Arbeitnehmer. Nicht immer kann man jedoch davon ausge-

hen, dass die Arbeitnehmerschaft insgesamt und auf lange Sicht auf diese Weise eine Arbeitsplatzsicherheit erlangt.

Entlassungen von Arbeitnehmern dienen in der Regel dazu, sich an die veränderte Marktlage (z. B. an eine Absatzkrise) anzupassen. Wird dem Unternehmer diese Möglichkeit verbaut und hat er keine anderen Möglichkeiten, sich an die veränderte Marktsituation anzupassen, besteht die Gefahr, dass sich die finanzielle Situation dieser Unternehmung um ein weiteres verschlechtert, dass der Betrieb schließlich Konkurs anmelden muss und dass deshalb alle Arbeitskräfte dieses Betriebes entlassen werden müssen.

Ein Entlassungsstopp hat noch eine weitere negative Seite. Gesamtwirtschaftlich ist ein noch so rigoroser Kündigungsschutz nicht in der Lage, auch nur einen neuen Arbeitsplatz zu schaffen. Da er jedoch für die Unternehmungen mit Kosten verbunden ist, muss sogar damit gerechnet werden, dass der Kündigungsschutz insgesamt den Beschäftigungsgrad reduziert. Dies bedeutet jedoch gleichzeitig, dass in dem Maße, in dem Arbeitnehmern nicht gekündigt wird, weniger Arbeitnehmer neu eingestellt werden. Dies ist jedoch insbesondere für junge Arbeitnehmer, die erstmals einen Arbeitsplatz suchen wie auch ältere Arbeitnehmer, die – aus welchen Gründen auch immer – entlassen wurden und nun eine neue Stelle suchen, fatal. Ihre Beschäftigungsmöglichkeiten sinken drastisch.

Das Ziel, die gesamtwirtschaftliche Arbeitslosigkeit zu beseitigen, bedarf eben anderer Mittel als des Kündigungsschutzes. Der Kündigungsschutz ist berechtigt und auch notwendig, wo es um Missbrauch geht, der vor allem bei monopolistischen Märkten befürchtet werden muss. Natürlich lässt sich Missbrauch auch sehr viel effizienter durch Schaffung von Wettbewerb verhindern. Da es aber niemals möglich sein wird, in concreto jede Monopolsituation zu verhindern, besteht immer auch das Risiko missbräuchlicher Entlassungen von Seiten monopolistischer Unternehmer.

5. Unterschiede in den Datenänderungen

Wir haben bei unseren bisherigen Überlegungen die Frage ausgeklammert, wovon es denn abhängt, wie viel Datenänderungen eintreten und in welchem Maße sie Ungleichgewichte auslösen. Diese Frage ist jedoch für unser Problem, dem möglichst weitgehenden Verhindern von Massenarbeitslosigkeit, von entscheidender Bedeutung. Ein noch

so gutes Gleichgewichtssystem des Marktes kann das Problem der Vollbeschäftigung nicht lösen, wenn nicht sichergestellt ist, dass auch die Entstehung von Datenänderungen marktgerecht erfolgt.

Bringen wir hierzu ein Beispiel. Man kann das Gleichgewichtssystem des Marktes mit einem Kanalisationssystem vergleichen. Genauso wie der Markt kurzfristig entstandene Ungleichgewichte möglichst schnell auflösen sollte, genauso ist es Aufgabe eines Kanalisationssystems, dafür Sorge zu tragen, dass das Regenwasser möglichst schnell von den Straßen und Gebäuden in die Kanalisation abgeführt wird. Stehende Wässer sind dann ein Zeichen eines nicht ordnungsgemäß funktionierenden Kanalisationssystems. Ob das Wasser in den Straßen für längere Zeit stehen bleibt, hängt aber nicht nur von der Anlage dieses Systems ab. Kommt es zu einem Wolkenbruch, strömen also in kurzer Zeit ungeheure Wassermengen aus dem Himmel, kann das beste Kanalisationssystem versagen. Wenn die gleiche Wassermenge zeitlich verteilt abregnen würde oder auf mehrere Landstriche verteilt würde, wären die Regenwässer einwandfrei in die Kanalisation abgeflossen, die Straßen wären wasserfrei geblieben.

Ein ähnliches Problem ergibt sich auch für den Gleichgewichtsmechanismus des Marktes. Es reicht nämlich nicht aus, dass Ungleichgewichte ausreichend Kräfte auslösen, die auf eine Reduzierung des Ungleichgewichtes hinwirken. Wenn die Datenänderungen pro Zeiteinheit immer größer werden, kann es trotz eigentlich funktionierender Gleichgewichtskräfte dazu kommen, dass das Ungleichgewicht im Zeitablauf ansteigt. Der augenblickliche Umfang des Ungleichgewichtes wird nämlich von folgenden drei Faktoren bestimmt. Erstens vom Umfang der Arbeitslosigkeit zu Beginn der Periode, mit anderen Worten der Arbeitslosigkeit, die in der vergangenen Periode nicht abgebaut werden konnte und deshalb in die heutige neue Periode übernommen wird.

Zweitens wird der Umfang der heutigen Arbeitslosigkeit davon bestimmt, wie viele – heute eintretende – Datenänderungen neue Ungleichgewichte erzeugen und damit den bisherigen Umfang der Arbeitslosigkeit um ein weiteres vergrößern. Drittens wirken die Gleichgewichtskräfte des Marktes, die einen partiellen Abbau der Ungleichgewichte zur Folge haben. Es leuchtet ohne weiteres ein, dass der Gesamtumfang der Arbeitslosigkeit nicht nur von der Güte der – Arbeitslosigkeit abbauenden – Marktkräfte abhängt.

Nun haben wir bereits darauf hingewiesen, dass Ungleichgewichte nicht nur negativ beurteilt werden müssen, dass gerade von den Datenänderungen, die vorübergehende Ungleichgewichte auslösen, positi-

ve Effekte auf unsere Gesamtwohlfahrt ausgehen. Datenänderungen sind ein Ausdruck der Freiheit der Bürger und des technischen Fortschrittes. Es kann also nicht primär darum gehen, den Umfang der Datenänderungen zu reduzieren, um auf diese Weise auch den Umfang der Ungleichgewichte zu reduzieren. Wir müssen uns vielmehr die Frage stellen, ob es nicht möglich ist, den Umfang der Ungleichgewichte bei gleichbleibendem Umfang der Datenänderungen zu reduzieren. Das Beispiel über die Wirkung eines Kanalisationssystems zeigt uns die Richtung an, die auch im Hinblick auf Ungleichgewichte des Marktes Erfolg verspricht. Wir hatten darauf hingewiesen, dass eine befriedigende Lösung erreicht werden könnte, wenn das Wasser eines Wolkenbruches zeitlich und regional verteilt abregnen könnte.

Die Auswirkungen, die Datenänderungen auf das Marktungleichgewicht haben, hängen nämlich entscheidend davon ab, ob diese Datenänderungen vom Staat oder von den Privaten ausgehen. Vom Staat initiierte Datenänderungen zeichnen sich dadurch aus, dass sie global für alle oder zumindest für einen Großteil der Bürger gelten. Steuergesetze z. B. gelten für alle Bürger; jeder Bürger, der bestimmte Kriterien erfüllt (wie z. B. ein bestimmtes Einkommen bezieht) unterliegt der Steuerpflicht.

Weiterhin treten Gesetze zu bestimmten Terminen in Kraft, sodass das durch Gesetze ausgelöste Verhalten der Individuen im Prinzip am selben Termin auftritt. Sie sind weiterhin alle gleichgerichtet; so führt eine generelle Steuererhöhung für alle Steuerpflichtigen zu einer Erhöhung der Kosten und damit in der Regel zu einer Reduzierung ihrer wirtschaftlichen Aktivitäten. Schließlich sind von gesetzlichen Änderungen alle Regionen gleichermaßen betroffen. Es ist also zu erwarten, dass die durch den Staat ausgelösten Datenänderungen kumuliert auftreten; wenn wir nochmals das Beispiel der Kanalisation ansprechen: Sie wirken wie ein Wolkenbruch.

Anderes gilt für Datenänderungen, die durch autonome Entscheidungen der einzelnen Individuen ausgelöst werden. Sie treten nicht alle am gleichen Termin auf. Dies gilt selbst dann, wenn wir unterstellen, dass z. B. die Investitionsaktivitäten der privaten Unternehmungen letztlich durch ein für alle gleiches Ereignis (wie z. B. eine Zinserhöhung) ausgelöst wurden. Die Zeitspanne, die verstreicht, bis die einzelnen Unternehmer auf die Zinsänderung in ihrem Investitionsverhalten reagieren, ist unterschiedlich lang und hängt unter anderem auch davon ab, wann die letzten Ersatzinvestitionen getätigt wurden. Der bei den vom Staat ausgelösten Datenänderungen festgestellte Wolkenbruch bleibt hier aus. Die Datenänderungen treten hier atomisiert auf.

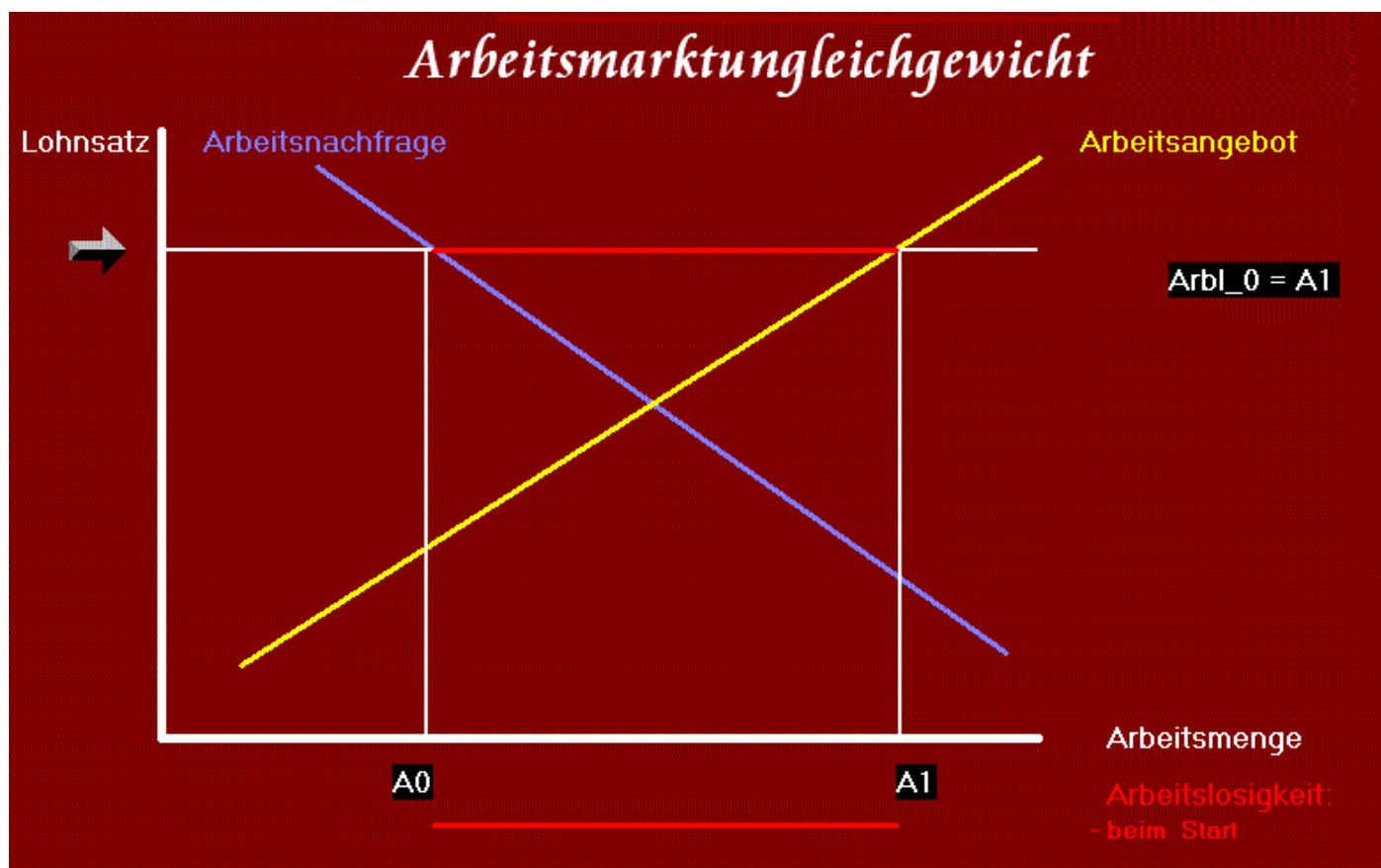
Wir können weiterhin davon ausgehen, dass auch die Richtung der privaten Aktivitäten unterschiedlich ausfällt, ein Teil der durch Private ausgelösten Datenänderung kann Angebotsüberhänge, ein anderer Teil Nachfrageüberhänge auslösen. Wir können also damit rechnen, dass sich ein Teil der Datenänderungen in ihren Wirkungen auf das Ungleichgewicht der Märkte gegenseitig kompensiert.

6. Bestimmungsgründe des Arbeitsmarktungleichgewichtes

Wir wollen zum Abschluss anhand von Graphiken (Diagramme 5) aufzeigen, wie sich die einzelnen Bestimmungsgründe der Inflexibilität auf das Marktungleichgewicht auswirken.

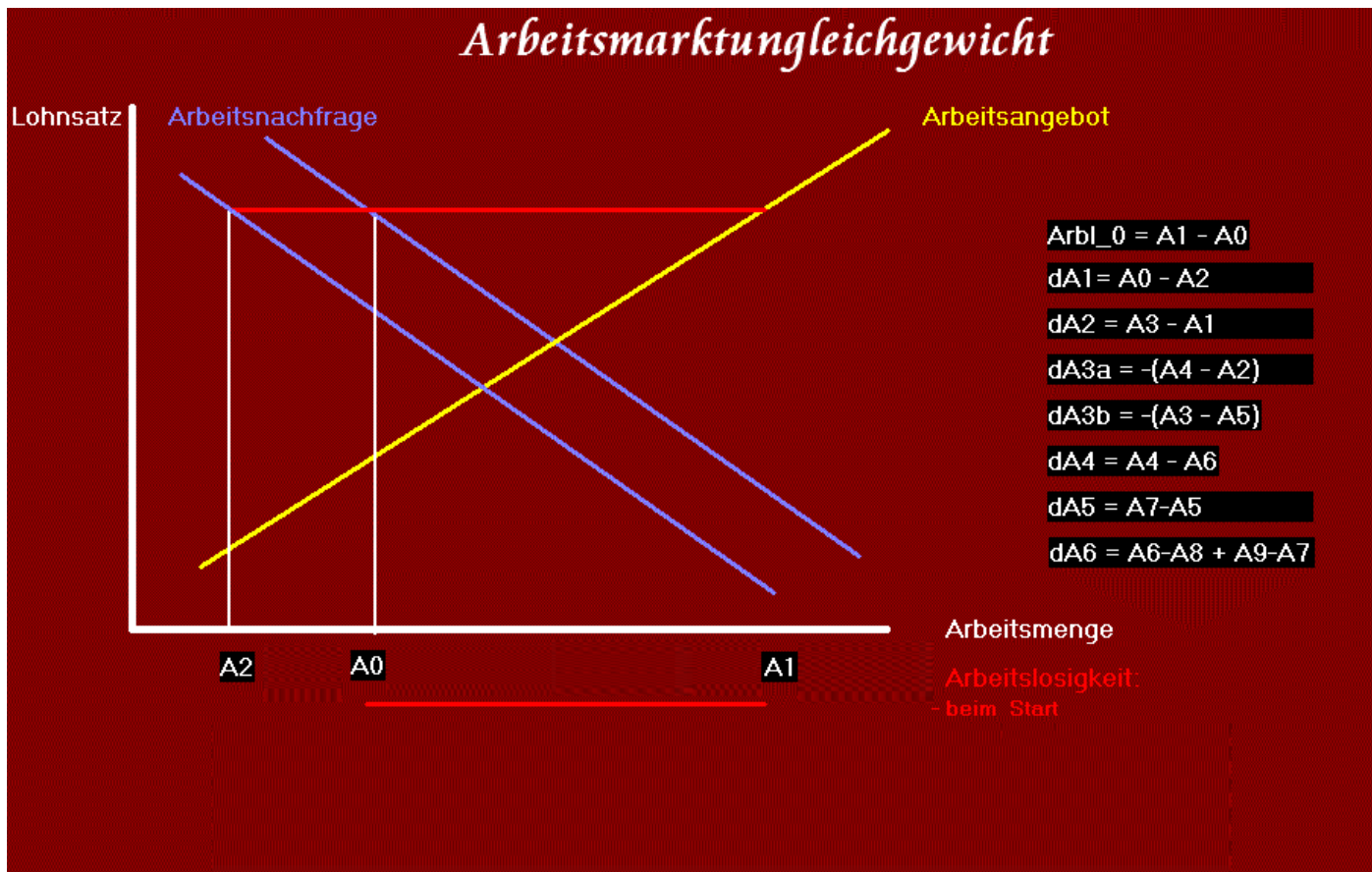
Im Anfangszeitpunkt bestehe Arbeitslosigkeit im Umfang von $A1 - A0$.

Diagramm 5



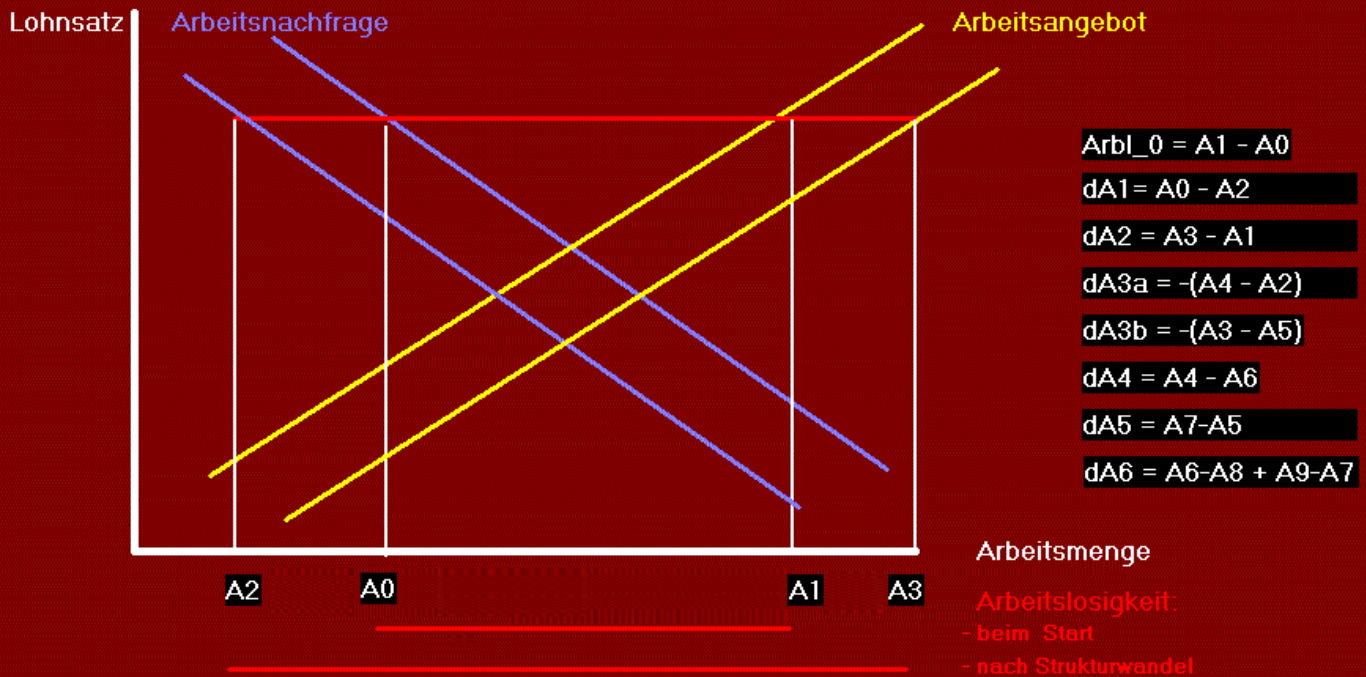
Konjunkturbedingt verringere sich die Arbeitsnachfrage. Die Arbeitsnachfragekurve werde nach links unten verschoben. Aus diesem

Grunde steigt das Arbeitsmarktungleichgewicht und damit die Arbeitslosigkeit um $A0 - A2$.



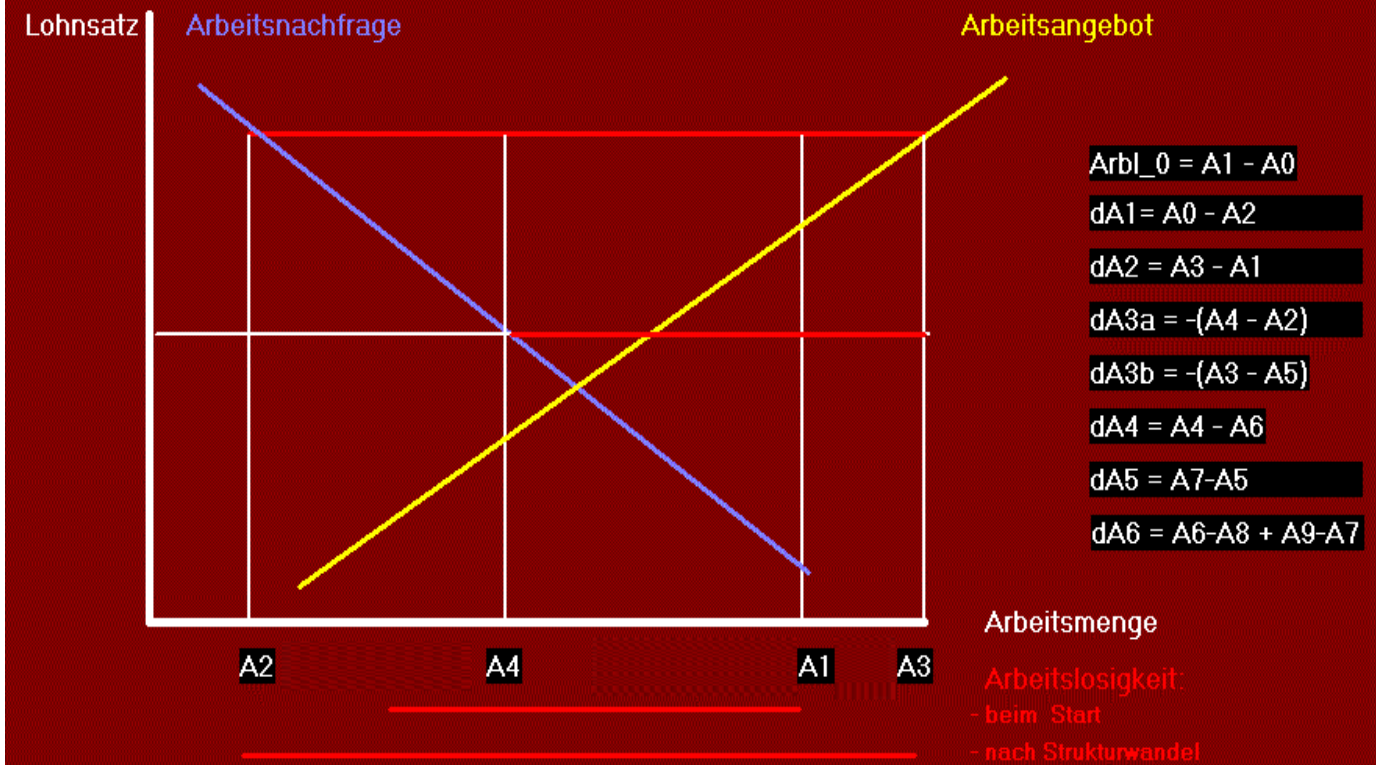
Weiterhin sei unterstellt, dass aus dem Ausland Arbeitskräfte zuwandern, sodass sich die Arbeitsangebotskurve nach rechts verlagere. Das Arbeitsmarktungleichgewicht und damit die Arbeitslosigkeit vergrößere sich erneut um den Umfang von $A3 - A1$. Die Arbeitslosigkeit ist nun nach dem Strukturwandel auf $A2 - A3$ angestiegen.

Arbeitsmarktungleichgewicht



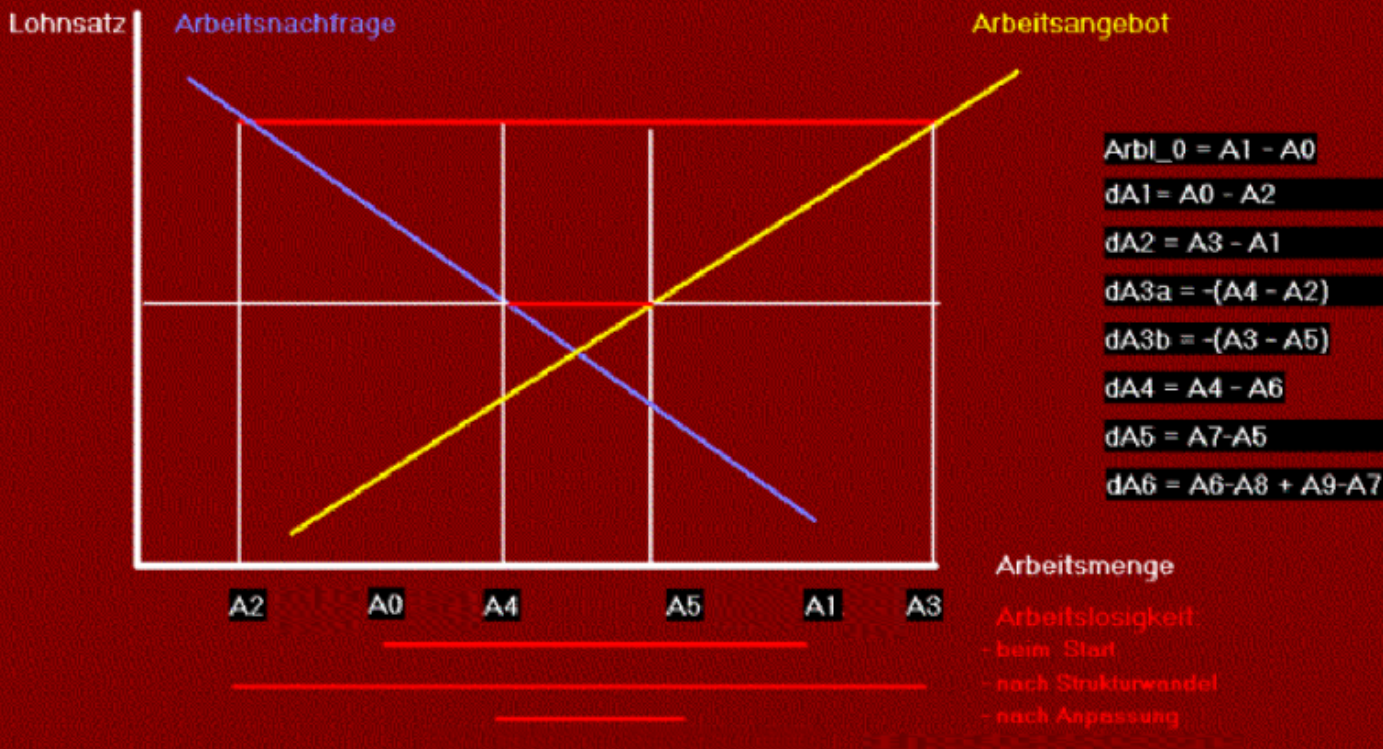
Der Angebotsüberhang führt dazu, dass die Löhne - relativ gesehen - sinken. Zunächst werden die übertariflichen Lohnzuschläge abgebaut; in den nächsten Tarifverhandlungen fallen die von den Gewerkschaften erkämpften Lohnsteigerungen geringer aus. Aufgrund der Lohnsenkung fragen die Unternehmer entsprechend der Arbeitsnachfragekurve mehr Arbeitskräfte nach. Die Arbeitslosigkeit sinkt um $A4 - A2$.

Arbeitsmarktungleichgewicht



Die Lohnsenkung führt weiterhin zu einer Abwanderung von Arbeitskräften. Die Verringerung des Arbeitsangebotes bewirkt einen Abbau der Arbeitslosigkeit um $A_3 - A_5$. Nach der Anpassung ist die Arbeitslosigkeit auf $A_4 - A_5$ abgesunken.

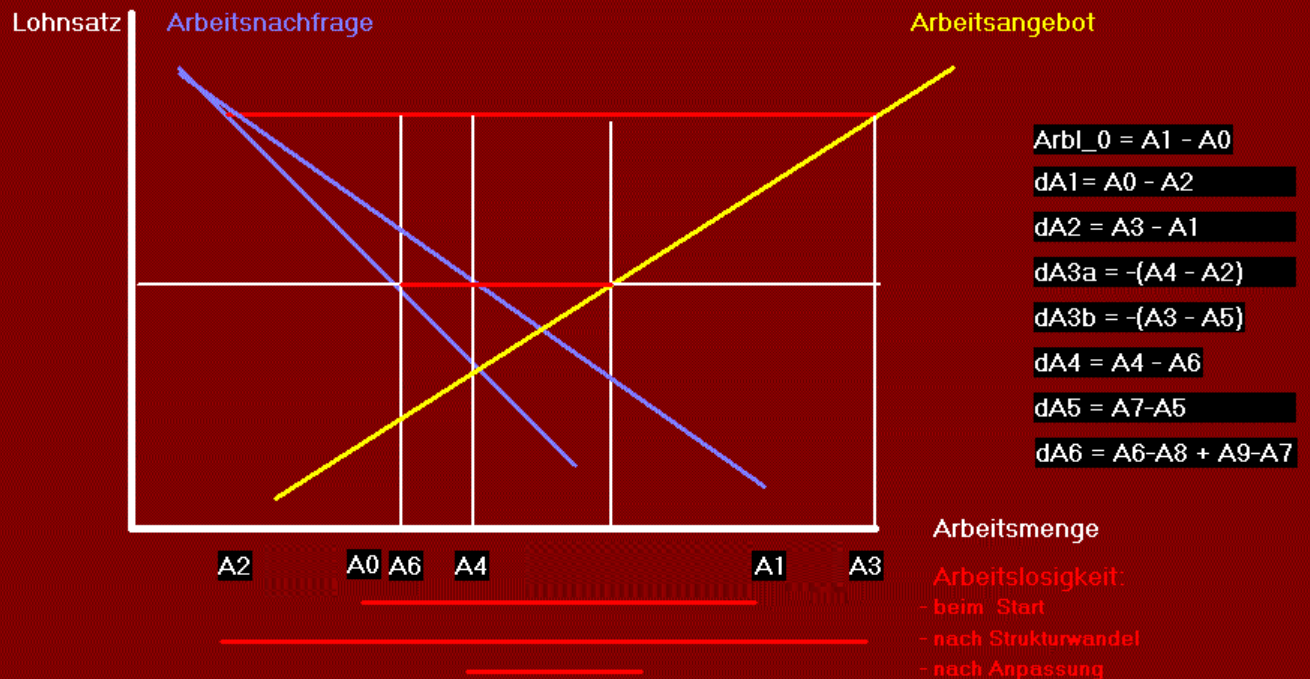
Arbeitsmarktungleichgewicht



Es sei nun unterstellt, dass wegen eines rigorosen Kündigungsschutzes die Arbeitsnachfrage weniger schnell und weniger stark auf Lohnsenkungen reagiere. Die Arbeitsnachfragekurve erhält einen steileren Verlauf. Das Arbeitsmarktungleichgewicht bzw. der Umfang der Arbeitslosigkeit fallen nun stärker aus.

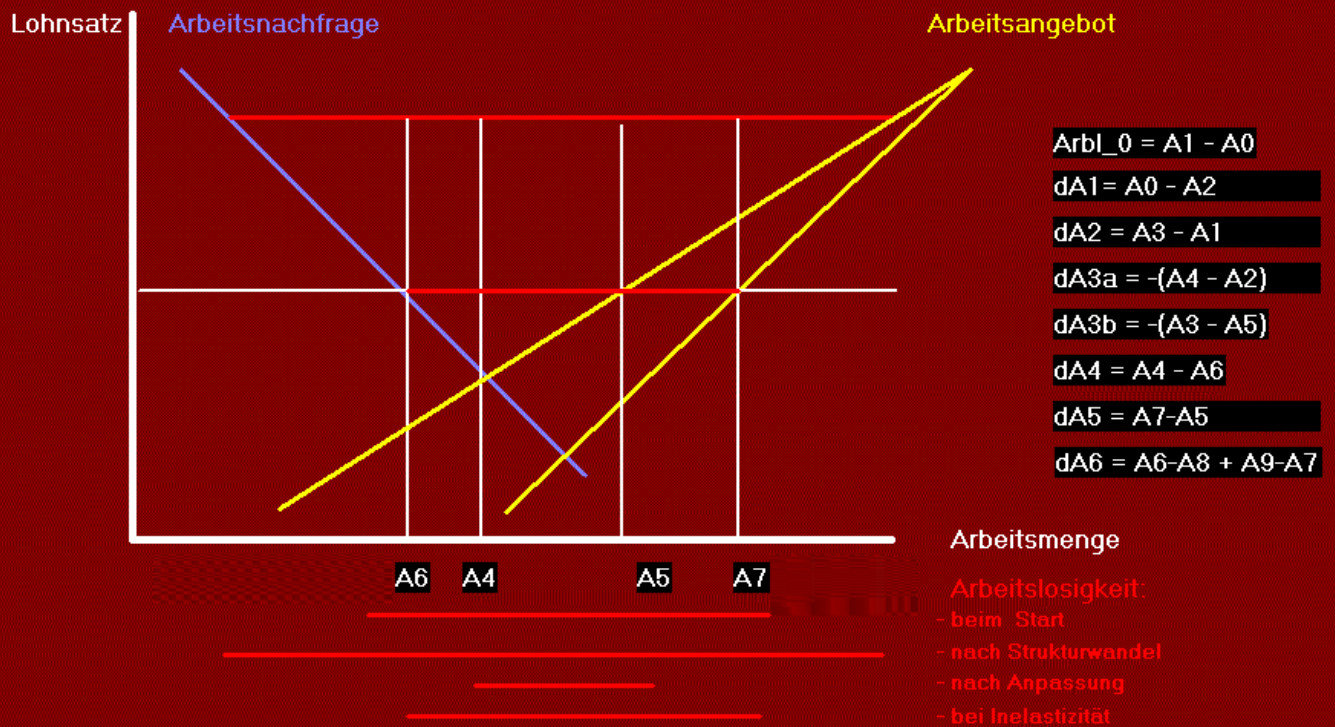
Die Arbeitslosigkeit steigt um $A4 - A6$.

Arbeitsmarktgleichgewicht



Auch das Arbeitsangebot reagiere weniger schnell und stark auf Lohnsenkungen. Auch die Arbeitsangebotskurve erhalte einen steileren Verlauf. Die Folge ist eine erneute Ausweitung der Arbeitslosigkeit um $A7 - A5$. Die Arbeitslosigkeit beträgt nun bei mangelnder Elastizität $A6 - A7$.

Arbeitsmarktgleichgewicht



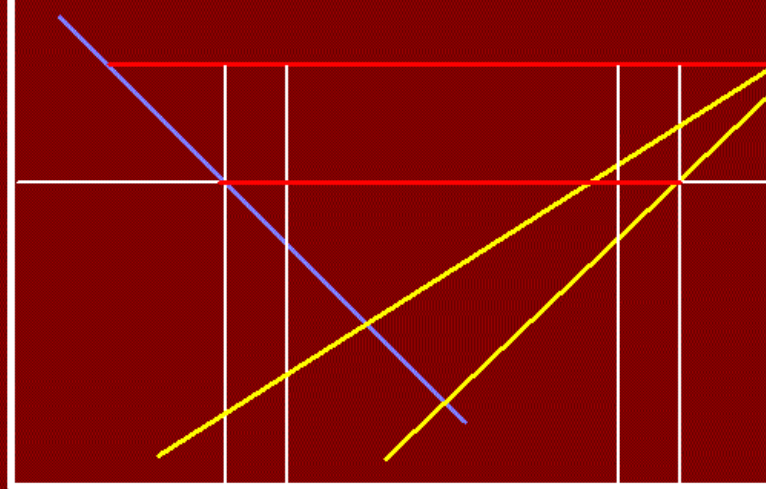
Es sei nun weiterhin angenommen, dass die Löhne in geringerem Maße als bisher unterstellt auf das Marktgleichgewicht reagieren. Der Rückgang in der Arbeitslosigkeit fällt dann wesentlich geringer aus, einerseits um $A_6 - A_8$, andererseits um $A_9 - A_7$. Die Arbeitslosigkeit beträgt nun bei zusätzlicher Inflexibilität: $A_8 - A_9$.

Arbeitsmarktgleichgewicht

Lohnsatz

Arbeitsnachfrage

Arbeitsangebot



$$\text{Arbl}_0 = A1 - A0$$

$$dA1 = A0 - A2$$

$$dA2 = A3 - A1$$

$$dA3a = -(A4 - A2)$$

$$dA3b = -(A3 - A5)$$

$$dA4 = A4 - A6$$

$$dA5 = A7 - A5$$

$$dA6 = A6 - A8 + A9 - A7$$

Arbeitsmenge

Arbeitslosigkeit:

- beim Start
- nach Strukturwandel
- nach Anpassung
- bei Inelastizität
- bei zusätzl. Inflexibilität

A8

A6

A7

A9